

305/10
306/10
316/10

ENTSCHLIESSUNG

Der Tiroler Landtag fordert die Bundesregierung auf, dass postalische Dienstleistungen auch zukünftig im gesamten Einzugsgebiet im bisherigen Umfang und den regionalen Mobilitätsanforderungen entsprechend gewährleistet sind.

In diesem Zusammenhang sollen von der Tiroler Landesregierung jene Gemeinden bei der Suche nach einem gleichwertigen Postpartnerbetrieb unterstützt werden, in denen eine Schließung der Postämter droht. Jene Wirtschaftlichkeitsberechnungen, welche vom Management der Post AG den zukünftigen Postamtsschließungen zu Grunde gelegt werden, sind von der Landesregierung anzufordern und dem Landtag zur Verfügung zu stellen.

Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, bis spätestens 10. Juli 2010 bei der Post-Control-Kommission gemäß § 59 Abs. 4 Postmarktgesetz eine Beschwerde gegen die geplante Schließung der Postämter einzubringen.

Es wird beurkundet, dass der Tiroler Landtag diese Entschließung in seiner Sitzung vom 1. Juli 2010 mit der verfassungsmäßigen Mehrheit beschlossen hat.

Der Landtagspräsident:

(DDr. Herwig v. ...)

